

Aktuelles Recht für die Praxis

Entschädigung bei überlangen Gerichtsverfahren

von
Dr. Thomas Stahnecker

1. Auflage

Entschädigung bei überlangen Gerichtsverfahren – Stahnecker

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

Gerichtsverfassung



Verlag C.H. Beck München 2013

Verlag C.H. Beck im Internet:

www.beck.de

ISBN 978 3 406 65586 9

beck-shop.de

Thomas Stahnecker

Entschädigung bei überlangen Gerichtsverfahren

beck-shop.de

beck-shop.de

Entschädigung bei überlangen Gerichtsverfahren

von

Dr. Thomas Stahnecker

Richter am Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz



Verlag C.H. Beck München 2013

beck-shop.de

www.beck.de

ISBN 9783406655869

© 2013 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Nomos Verlagsgesellschaft
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: jürgen ullrich typosatz, 86720 Nördlingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

beck-shop.de

Vorwort

Mit dem Gesetz über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren vom 24.11.2011 hat der Gesetzgeber einen speziellen Rechtsbehelf bei unangemessener Verfahrensdauer geschaffen, um eine Lücke im bisherigen Rechtssystem zu schließen. Nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte entsprachen die bisherigen Rechtsschutzmöglichkeiten nicht den sich aus der Europäischen Menschenrechtskonvention ergebenden Anforderungen an einen wirksamen Rechtsbehelf. Vor diesem Hintergrund hat der deutsche Gesetzgeber einen Entschädigungsanspruch gegen den Staat bei unangemessener Verfahrensdauer normiert. Mit dem vorliegenden Buch wird eine knappe Einführung in die Neuregelung gegeben.

Nach einer kurzen Übersicht zu dem neuen Gesetz wird die Neuregelung des Rechtsschutzes bei überlanger Verfahrensdauer in §§ 198ff. GVG vorgestellt, die für alle fünf Gerichtsbarkeiten gilt. Dabei werden insbesondere die Voraussetzungen und der Inhalt des nunmehr geschaffenen Entschädigungsanspruchs sowie dessen gerichtliche Durchsetzung untersucht. Ferner werden die Übergangsregelung, das Verhältnis zu anderen Rechtsbehelfen und die Sonderbestimmungen für das Strafverfahren und das strafrechtliche Ermittlungsverfahren beleuchtet. Im Anschluss daran werden die speziellen Regelungen für den Rechtsschutz bei überlanger Dauer von Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht erörtert, die mit den §§ 97a ff. in das Bundesverfassungsgerichtsgesetz eingefügt worden sind. Die vorliegende Einführung soll eine erste Orientierung bei der Anwendung der neuen Vorschriften bieten.

Koblenz, im März 2013
Thomas Stahnecker

beck-shop.de

Inhaltsverzeichnis

A. Übersicht zum Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren	1
I. Anlass und Ziel der gesetzlichen Neuregelung	1
II. Die Neuregelung im Überblick	3
1. Entschädigungslösung	3
2. Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes	4
a) Geltung für alle fünf Gerichtsbarkeiten	5
b) Sonderregelung für das Bundesverfassungsgericht	6
B. Der Rechtsschutz bei überlanger Verfahrensdauer nach §§ 198 ff. GVG	7
I. Voraussetzungen und Inhalt des Entschädigungsanspruchs	7
1. Anspruchsberechtigter	7
2. Anspruchsverpflichteter	8
3. Begriff des Gerichtsverfahrens	8
a) Gerichtsbarkeiten und Verfahrensarten	8
b) Sonderregelung für das Insolvenzverfahren	10
c) Keine Geltung für das verwaltungsgerichtliche, sozialgerichtliche und finanzgerichtliche Vorverfahren	10
4. Unangemessenheit der Verfahrensdauer	12
a) Maßgeblichkeit der Umstände des Einzelfalles	12
b) Die Schwierigkeit des Verfahrens	13
c) Die Bedeutung des Verfahrens	14
d) Das Verhalten der Verfahrensbeteiligten und Dritter	15
aa) Verhalten der Verfahrensbeteiligten	16
bb) Verhalten Dritter	16
e) Weitere Umstände	19
aa) Gesamtdauer des Verfahrens	20
bb) Keine Regelfristen	22
cc) Überlastung des Gerichts	25
dd) Keine Förderung des Verfahrens durch Untätigkeit des Gerichts	29
ee) Gegenläufige Gesichtspunkte	32
f) Zusammenfassung der Angemessenheitsprüfung	36
5. Verzögerungsrüge	37
a) Sinn und Zweck	38
b) Ausgestaltung als Obliegenheit	38
c) Form und Begründung	39
d) Zeitpunkt der Rüge	42
e) Ausnahmsweise Entbehrlichkeit der Verzögerungsrüge?	46
6. Entschädigung	47
a) Materieller Nachteil	47
b) Immaterieller Nachteil	49
7. Feststellung der Unangemessenheit der Verfahrensdauer	52
a) Form der Wiedergutmachung auf andere Weise für immaterielle Nachteile	52
b) Sonstige Fälle der Feststellung der Unangemessenheit der Verfahrensdauer anstelle einer Entschädigung	53
c) Zusätzliche Feststellung neben der Entschädigung	54

II. Gerichtliche Durchsetzung des Entschädigungsanspruchs	54
1. Zuständiges Gericht	55
2. Zeitpunkt der Klagerhebung	56
a) Frühester Zeitpunkt der Klagerhebung	56
b) Spätester Zeitpunkt der Klagerhebung	57
3. Verfahren der Klage auf Entschädigung	58
a) Vertretungszwang	58
b) Klageantrag	59
c) Besetzung der Senate des Entschädigungsgerichts	60
d) Kosten	61
aa) Keine Kostenfreiheit in der Sozialgerichtsbarkeit	61
bb) Vorauszahlung in allen Gerichtsbarkeiten	61
cc) Kostenentscheidung des Entschädigungsgerichts	61
4. Rechtsmittel	62
III. Übergangsregelung	63
IV. Verhältnis der Neuregelung zu anderen Rechtsbehelfen	64
1. Verdrängung der außerordentlichen Beschwerde	64
2. Verhältnis zum Amtshaftungsanspruch	65
V. Sonderbestimmungen für das Strafverfahren und das strafrechtliche Ermittlungsverfahren	66
1. Erstreckung auf das strafrechtliche Ermittlungsverfahren	66
2. Wiedergutmachung auf andere Weise	67
3. Bindung des Entschädigungsgerichts an die strafgerichtliche Entscheidung	70
4. Verfahrensbeteiligte im Strafverfahren	70
5. Aussetzungspflicht	71
C. Der Rechtsschutz bei überlanger Verfahrensdauer nach §§ 97a ff. BVerfGG	73
I. Eigenständige Entschädigungsregelung	73
II. Voraussetzungen und Inhalt des Entschädigungsanspruchs	74
1. Anspruchsberechtigte	74
2. Unangemessenheit der Verfahrensdauer	75
a) Umstände des Einzelfalles	75
b) Berücksichtigung der Aufgaben und der Stellung des Bundesverfassungsgerichts	76
3. Entschädigung	77
a) Materieller Nachteil	77
b) Immaterieller Nachteil	78
III. Verzögerungsbeschwerde zur Durchsetzung des Entschädigungsanspruchs	78
1. Verzögerungsrüge	79
a) Zulässigkeitsvoraussetzung der Verzögerungsbeschwerde	79
b) Zeitpunkt der Rüge	79
c) Form und Begründung der Rüge	80
2. Frist für die Verzögerungsbeschwerde	80
3. Form und Begründung der Verzögerungsbeschwerde	81
4. Zuständigkeit, Verfahren und Kosten	81
IV. Übergangsregelung	82